

Gottfried Heller
Der einfache Weg zum
WOHLSTAND

Mehr verdienen,
weniger riskieren
und besser schlafen

FBV

KAPITEL I

DIE ZEITENWENDE – EIN HISTORISCHER UMBRUCH

»Das typisch Menschliche: Sich aus Angst vor einer unbekanntem Zukunft an die bekannte Vergangenheit klammern.«

John Naisbitt, Zukunftsforscher und Autor des Buches *Megatrends*

Viele Menschen blicken heute pessimistisch in die Zukunft. Die dominierende Grundstimmung der Deutschen, so scheint es, ist die Angst. Die Anleger haben Angst um ihr Geld, vor allem aber vor der Inflation. Viele befürchten auch, dass der Euro platzt und dass es wieder eine Währungsreform gibt. Die Arbeitnehmer haben Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, die Manager und Unternehmer vor der ausländischen – hauptsächlich asiatischen – Konkurrenz. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen hat auch Angst, dass die Staatsschulden nicht mehr zu bewältigen sind und bangt um ihre Rente.

Ich dagegen sehe mit Zuversicht in die Zukunft. Ich glaube, dass wir in einer Zukunft leben können, die voll von vielseitigen und lebenswerten Möglichkeiten ist, wenn wir nur die Weichen schon heute richtig stellen. Das heißt, uns weniger auf den Staat verlassen und dafür mehr als bisher für uns selbst sorgen.

1. Finanzkrise, Schuldenabbau und Globalisierung zwingen zum Umdenken

Es ist die Ballung von dramatischen Veränderungen, die in wenigen Jahrzehnten – wie im Zeitraster – stattgefunden haben, die bei vielen zu einer tief sitzenden Existenzangst geführt haben. Von dem griechischen Philosophen Heraklit stammt der oft zitierte Spruch: »Panta rhei« (»Alles fließt«). Heraklit lebte etwa 500 Jahre vor

Christus, also vor mehr als 2500 Jahren. Ja, damals konnte man Geschichte noch als einen gleichmäßig dahinfließenden Strom betrachten.

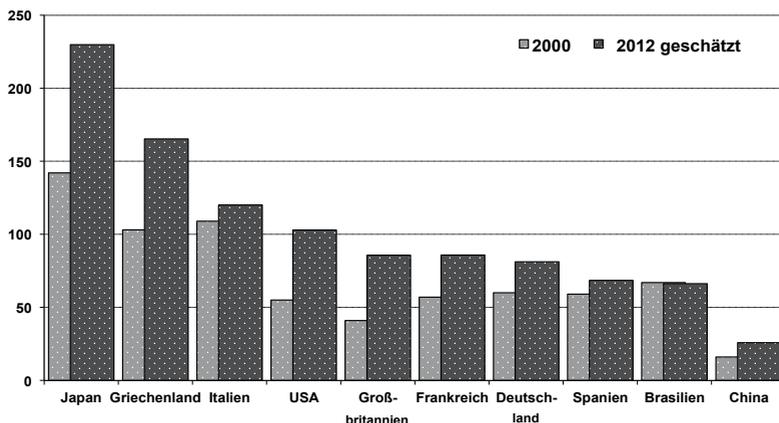
Aber heute leben wir in einer Zeit, in der sich die Geschichte abrupt beschleunigt hat. Umbrüche, die niemand für möglich gehalten hätte, geschehen innerhalb weniger Monate oder gar Wochen: So geschehen mit dem Fall der Berliner Mauer 1989, mit dem anschließenden Verfall der Sowjetunion, und ganz aktuell mit dem »arabischen Frühling«, einem Aufstand, der in Tunesien begann und sich wie ein Lauffeuer über Ägypten und den Jemen bis nach Libyen und Syrien ausbreitete.

Ähnliches geschah in der Finanzwelt. Nach einer hemmungslosen Spekulation an der Wall Street platzte die Immobilienblase 2008 in Amerika und führte die ganze Welt an den Rand des Abgrunds. Kaum war die drohende Katastrophe gebannt, folgte die europäische Staatsschuldenkrise, die seit 2010 Europa in Atem hält und die ganze Welt in Mitleidenschaft zieht.

Ein Krisengipfel jagt mittlerweile den anderen und die Rettungsfonds, die zur Abwendung einer Staatspleite Griechenlands, Irlands und Portugals aufgelegt werden, nehmen inzwischen astronomische Dimensionen an. Nicht genug damit, musste auch der Staat mit Milliardensummen einspringen, um Banken und das ganze Finanzsystem vor dem Kollaps zu bewahren. Aber letztlich sind es die Bürger, die Steuerzahler, die ungefragt in die Haftung genommen werden. Sie wissen, dass sie es sind, die über ihre Steuern für die Schulden geradestehen müssen. Kein Wunder, dass sich nicht nur Unmut breitmacht, sondern pure Angst um die Zukunft. Es breitet sich ein ungutes Gefühl aus, dass unsichtbare Gefahren lauern, ähnlich der Situation, wenn man nachts allein durch einen finsternen Wald geht.

Der Sozialstaat, so, wie wir ihn bisher erlebten, ist im Abbau. Nicht nur Deutschland, alle Industrieländer sind an ihrer Schuldenobergrenze angelangt, nicht zuletzt auch als Folge der gigantischen staatlichen Rettungsaktionen zur Abwendung von Pleiten. Japan hat eine Schuldenquote von über 200 Prozent bezogen auf das Bruttosozialprodukt, die USA sind bei 100 Prozent angelangt und Deutschland bei 80 Prozent. Es heißt, dass eine Verschuldung in Höhe von etwa 80 Prozent die Schwelle sei, bei der ein Staat die Zinszahlungen noch leisten kann, ohne das Wachstum zu gefährden.

Staatsverschuldung verschiedener Länder 2000 und 2012 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: IWF Economic Outlook; Eurostat; Deutsche Bundesbank.

Die krisenhaften Ereignisse der letzten Jahre haben das Sicherheitsgefühl der Bürger beschädigt und den Glauben an eine gute Zukunft erschüttert. Die Grundlagen ihrer Lebensplanung sind ins Wanken geraten. Besonders im Euroraum breitet sich wegen der bedrohlichen Lage der Staatsfinanzen in den südeuropäischen Ländern eine wachsende Unsicherheit, aber auch ein hohes Maß an Unzufriedenheit, aus. Die deutschen Anleger sind alarmiert und fürchten um ihr Geld. Sie fragen sich, wie sie ihr Geld vor der Inflation oder gar vor dem Scheitern des Euro schützen können. Sie suchen einen sicheren Hafen und glauben ihn in Gold oder im Schweizer Franken gefunden zu haben. Um das Vertrauen der Bürger in den Staat und die Währung wiederherzustellen, werden nun in allen EU-Ländern Sparpakete geschnürt. Der sogenannte »Fiskalpakt«, dem sich 25 der 27 EU-Staaten angeschlossen haben, weist als wichtigste Elemente eine Schuldenbremse, die Kontrolle der Staatshaushalte und automatische Sanktionen für Sünder auf.

Der Euro hat aus der Eurozone eine Krisenzone gemacht. In der Vorstellung von Bundeskanzler Kohl sollte er als Klebstoff die europäischen Länder enger zusammenbinden. Nun erweist er sich stattdessen als Sprengstoff: Er entzweit die Geber- und Nehmerländer. Was aber gar nicht bedacht wurde in der berauschten Stimmung bei seiner Einführung, als man Beethovens 9. Sinfonie mit Schillers

»Ode an die Freude« intonierte, war, dass der Euro auch noch den Sozialstaat unterterminieren würde.

Die Stunde der Wahrheit ist gekommen

Die Amerikaner mit ihrem rigorosen Wirtschaftssystem hatten schon immer neidvoll auf das europäische Sozialmodell mit langem Urlaub, kurzer Arbeitswoche, frühem Ruhestand, großzügigem Gesundheitswesen und fürsorglichem Wohlfahrtsstaat geblickt. Nun ist die Stunde der Wahrheit gekommen. Auch der letzte deutsche Bürger sieht es: Die Taschen von »Vater Staat« sind leer.

Der deutsche Sozialstaat wurde im Verlauf der letzten Jahre zunehmend auf Pump finanziert. Alle europäischen Staaten stecken – mit wenigen Ausnahmen – bis über den Hals in Schulden. Jetzt ist Sparen und Schulden abbauen angesagt. Der erste Sektor, den es trifft, ist der Sozialbereich. Der europäische Sozialstaat, den es in dieser ausgedehnten Form nirgendwo sonst in der Welt gibt, muss wegen Überschuldung zwangsweise zurückgestutzt werden. Unter »normalen« Umständen wäre dies politisch niemals durchsetzbar gewesen.

Aber auch die Europäer haben mit Staunen über den großen Teich geblickt und sich gefragt, wie sich die Amerikaner ihren hemmungslosen Konsum leisten können. Auch dort hat die Stunde der Wahrheit geschlagen: Sie finanzierten ihren Konsum nämlich damit, dass sie einfach bei jeder »Wertsteigerung« ihrer Wohnimmobilien die Hypotheken darauf erhöhten. Künstlich niedrig gehaltene Zinsen und eine Geldschwemme katapultierten die Immobilienpreise in astronomische Höhen. Auf den Immobilienmärkten entwickelte sich eine immer größere Preisblase. Die Banken vergaben freizügig – auch völlig unbesicherte – Kredite, sogenannte Subprime-Kredite, Hypotheken von minderwertiger Qualität, die dann als Subprime-Bonds an die Anleger weiterverkauft wurden.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Blase platzte und der Schwindel aufflog. Das brachte das gesamte Finanzsystem an den Rand des Kollapses: Viele Banken gingen pleite, einige große mussten mit Staatsgeldern gerettet werden. Die Weltwirtschaft stand vor dem Abgrund.

Dank dieser kontinuierlichen Aufstockung der Kredite wuchs die Weltwirtschaft über viele Jahre hinweg immer schneller – sozusagen mit Hebelwirkung. Jetzt ist Schuldenabbau angesagt, diesseits und jenseits des Atlantiks. Das ist der umgekehrte Prozess: »Enthebelung«. Als Folge daraus werden die Volkswirtschaften der Industrieländer langsamer wachsen. Das bedeutet höhere Arbeitslosigkeit, unterausgelastete Kapazitäten und harten Wettbewerb. Die Mehrheit der Industrieländer lebt im historischen und im internationalen Vergleich noch in großem Wohlstand. Aber schon bald werden viele härter und länger arbeiten müssen, um einen sinkenden Lebensstandard zu vermeiden.

Wir sind an einer Wegkreuzung, einer Zeitenwende, angelangt: Die riesigen Schuldenberge, der hohe Ressourcenverbrauch und die großen Umweltbelastungen drücken wie ein Bleigewicht auf den materiellen Lebensstandard. Er wird sinken, weil etwa die Hälfte unserer derzeitigen Produktivität auf dem Einsatz fossiler Energieträger, also Kohle und Öl, beruhen, diese Rohstoffe aber knapper und teurer werden. Der Umstieg auf ähnlich billige, alternative Energieträger wird nicht nahtlos geschehen. In absehbarer Zukunft wird auch der Anteil erwerbsfähiger Menschen schneller schrumpfen als die Bevölkerung insgesamt, weil die Rentner länger leben. Um den Lebensstandard aufrechtzuerhalten, müssen weniger Hände mehr arbeiten, um das gleiche Volkseinkommen zu erwirtschaften.

Ein weiterer Faktor: Mit der ungünstigen demografischen Entwicklung werden die Industrieländer ihre Wissens- und Erfahrungsvorsprünge, die ihnen jahrhundertlang ein angenehmes Leben bescherten, gegenüber den Entwicklungsländern einbüßen.

Sie können nicht mehr die Monopolpreise verlangen, weil sie jetzt im Wettbewerb mit über fünf Milliarden Menschen in den Schwellenländern stehen, von denen viele genauso qualifiziert sind wie wir, die aber bislang ihre Dienste und Produkte weit billiger anbieten.

Die Völker der Industrieländer erleben gerade das Ende eines materiell goldenen Zeitalters. Salopp gesagt, Schlaraffenland ist abgebrannt. Die heutige, nachwachsende Generation wird leider erleben, dass sie nicht den materiellen Lebensstandard ihrer Eltern aufrechterhalten kann.

Dem Generationenvertrag fehlt die Grundlage

Es fängt schon mit der gesetzlichen Rente an: Das heutige Rentensystem steht seit 1957 auf schwankendem Boden, seit der frühere Bundeskanzler Adenauer es auf das Umlageverfahren umstellte. Seine Entscheidung war hauptsächlich politisch motiviert, um die Wahlchancen der CDU zu verbessern. Bis dahin hatte die von Reichskanzler Bismarck 1889 eingeführte Altersversicherung nach dem Kapitaldeckungsprinzip gegolten, das unabhängig war von der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung.

Das Umlageverfahren basiert dagegen auf einem »Generationenvertrag«: Die Lohn- und Gehaltsempfänger der arbeitenden jungen Generation zahlen in das staatliche Rentensystem ein und bezahlen die Rente der Ruheständler. Das System hat leider einen Geburtsfehler: Es funktioniert nur, wenn die Zahl der Geburten etwa gleich groß ist wie die Zahl der Rentenbezieher. Es ist ein Schönwettermodell, das einem Sturm nicht lange standhält. Einem einfachen Handwerker, dessen Betrieb nur bei Hochkonjunktur existenzfähig wäre, würde keine Bank einen Kredit geben. Aber das deutsche Sozialsystem basiert auf der Prämisse von Idealbedingungen.

Bedenken von namhaften Fachleuten, wie etwa dem damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, dass dieser »Generationenvertrag« nicht für immer und ewig funktionieren werde, wischte Adenauer mit dem Satz beiseite: »Kinder kriegen die Leute immer.«

Doch die Bedenkenträger behielten recht: Schon lange ist das System aus dem Gleichgewicht – die Zahl der Rentenbezieher nimmt zu und sie leben länger, und »die Leute« kriegen zu wenig Kinder. Schon seit Ende der 1970er-Jahre wurden immer wieder Einschnitte im Rentenprogramm gemacht. Während anfänglich ein Durchschnittsverdiener 70 Prozent seines früheren Nettolohns als Rente bekam, sind es seit 2010 nur noch knapp 52 Prozent und 2030 sollen es nur noch 43 Prozent sein.

Wir erinnern uns an den saloppen Spruch des ehemaligen Sozialministers Norbert Blüm: »Die Rente ist sicher.« Das mag sein, aber die Höhe der Rente ist es leider nicht. Kurz gesagt: Die Rente wird bei den meisten vorn und hinten nicht reichen.

Schon heute ist in der Presse immer häufiger über die drohende Altersarmut zu lesen. Wie konnte es nach über sechs Jahrzehnten Friedenszeit und Prosperität zu dieser beklemmenden Notlage kommen und wie können wir da wieder herauskommen? Etwa mehr sparen und länger arbeiten? Das ist ein hoffnungsloses Unterfangen, wenn Festgeld und Festverzinsliche nur noch mickrige Zinsen von weniger als 2 Prozent abwerfen und die Lebensversicherungen ihren Garantiezins auf 1,75 Prozent absenken. Der Ausweg aus der Sackgasse: Wir müssen unser Geld gescheiter anlegen. Die wichtigste Entscheidung, die wir heute treffen müssen, egal in welchem Alter und mit welchem Vermögen, ist heute, wie wir mehr aus unseren Ersparnissen machen.

Werfen wir einen Blick zurück auf das Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945. Damals lagen, nach einem verheerenden Bombenkrieg, viele deutsche Städte in Schutt und Asche. Es hieß Ärmel aufkrepeln, anpacken und aufbauen.

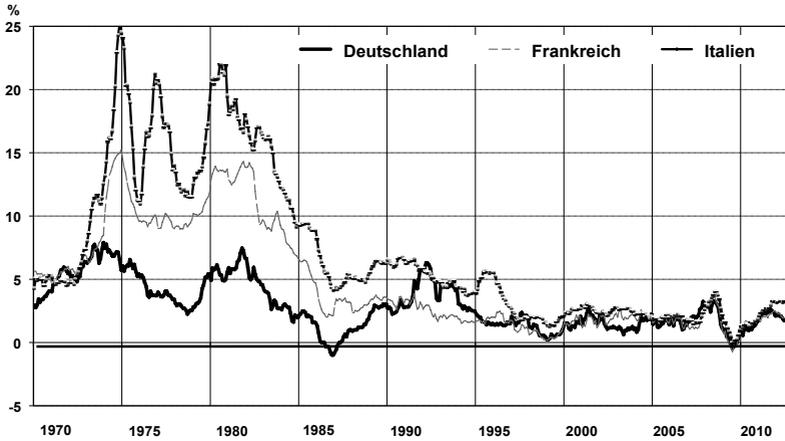
Als 1948 die D-Mark eingeführt wurde, ging es wirtschaftlich von Tag zu Tag aufwärts. Die Kaufläden waren voller Waren. Die harte Zeit des Hungers und der Entbehrungen war vorbei. An die Stelle der Mangelwirtschaft setzte der erste deutsche Wirtschaftsminister, Ludwig Erhard, seine sogenannte »soziale Marktwirtschaft«. Schon in den 1950er-Jahren herrschte Vollbeschäftigung. Die Wirtschaft, angefeuert vom Export, boomte. Bald sprach man von Erhards »Wirtschaftswunder«.

Erinnerungen an die Inflationsjahre

Die 1970er- bis Anfang der 1980er-Jahre waren Inflationsjahre. Der Auslöser für diese Entwicklung war die drastische Erhöhung der Ölpreise durch die OPEC. Hinzu kam, dass die Amerikaner den kostspieligen Vietnamkrieg nicht mit höheren Steuern, sondern mit der Notenpresse finanzierten. Die Inflationsrate in den USA schnellte auf 15 Prozent hoch. In Europa übersprang sie in Italien, England und Frankreich sogar die 20-Prozent-Marke. Dank der strengen Geldpolitik der Bundesbank hielt sich in Westdeutschland die Inflation noch im einstelligen Bereich. Mit der zunehmenden Geldentwertung wurden auch die Gewerkschaften aggressiver. Sie verlangten – und bekamen – oft zweifelige Lohnzuschläge. Der erhöhte Wohlstand ermöglichte es den Deutschen,

Geld aufs Sparkonto zu legen, Lebensversicherungen abzuschließen und für ein Haus zu sparen.

Inflationsraten in Deutschland, Frankreich und Italien seit 1970



Quelle: OECD.

Inzwischen hat die Bevölkerung in Deutschland gemäß einer Statistik der Bundesbank mehr als 10 Billionen Euro Vermögen angehäuft. Auf etwa diesen Wert summiert sich derzeit das Geld- und Immobilienvermögen der privaten Haushalte. Zum Vergleich: Dieser Betrag entspricht etwa den gesamten Staatsschulden aller 27 EU-Mitglieder. Zieht man die 1,5 Billionen Euro Kreditschulden der Deutschen ab, so bleibt immer noch ein Nettovermögen von rund 8,6 Billionen Euro. Der größte Teil davon (rund 4,7 Billionen Euro) entfällt auf Geldvermögen. Und davon sind mehr als zwei Drittel auf Bargeld, Spar- und Festgeldkonten sowie in Versicherungen angelegt. Nur 5 Prozent entfallen auf Aktien.

Diese Vermögensstruktur reflektiert die hohe Angst der deutschen Anleger. Sie sehen ihre Ersparnisse in Gefahr und wollen einfach nur »sicher« anlegen. Schon immer griffen Sparer, die nichts verlieren wollten, gern zu Staatsanleihen. Doch was einst eine risikofreie Rendite abwarf, ist heute zum renditefreien Risiko geworden, denn zehnjährige Bundesanleihen bringen nicht einmal mehr 2 Prozent Ertrag. Zieht man davon eine Inflationsrate von rund 2½ Prozent sowie Steuern

ab, kommt unter dem Strich ein Minus heraus. Die Anleger in Staatsanleihen zahlen also drauf: Die Kaufkraft des Ersparten schrumpft, der reale Wert des Vermögens sinkt.

Neue Trends und Entwicklungen bestimmen unsere Zukunft

Wir können zwar die Zukunft nicht voraussehen, aber wir können uns anhand von Fakten und Gegebenheiten über wahrscheinliche Trends und Entwicklungen ein Bild machen.

Blicken wir also einmal über das tägliche Tohuwabohu an den Finanzmärkten hinaus und machen wir uns ein Bild, wie die Welt im Allgemeinen und die Finanzwelt im Besonderen längerfristig aussehen könnte:

1. Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich verlangsamen. Die Hauptgründe hierfür sind:
 - Das stürmische Wachstum der Emerging Markets (Schwellenländer) lässt nach.
 - Die Industrieländer müssen Schulden abbauen und mehr sparen.
 - Die Ressourcen, besonders die fossilen Energieträger, werden knapper und teurer.
 - Die Weltbevölkerung altert, die Zahl der Ruheständler nimmt zu.
 - Die Arbeitslosigkeit bleibt relativ hoch.
2. Eine neue Finanzarchitektur entsteht und verleiht den Finanzmärkten mehr Stabilität. Auf die dramatischen Katastrophenjahre nach dem Millenniumswechsel folgt eine längere, weniger krisenhafte Periode, ähnlich wie nach der Weltwirtschaftskrise von 1929. Damals wurden Regulierungen und Institutionen geschaffen, die der Finanzwelt über 70 Jahre lang eine relative Stabilität bescherten.
3. Die Inflation wird wieder zunehmen. Der wesentliche Grund: Wegen der fragilen Verfassung der Wirtschaft und des Finanzsystems haben die Notenbanken seit 2008 die Zinsen auf nahezu null gesenkt und eine Geldflut in Gang gesetzt, wie es sie noch nie zuvor in der Welt gegeben hat! Die US-Notenbank Fed hat sich sogar festgelegt, ihre ultralockere Geldpolitik mit Niedrigzinsen bis 2014 beizubehalten. Ein geschichtlich einmaliger Vorgang.

Auch die Europäische Zentralbank (EZB) ist mittlerweile der Fed »gefolgt«: Sie hat den Banken über eine Billion Euro zur Verfügung gestellt – ebenfalls bis Ende 2014, mit einem Zinssatz von lediglich 1 Prozent. Die EZB hat zusätzlich noch ein besonders komplexes, fast unlösbares Problem: Sie muss wählen zwischen einer ihrem Mandat entsprechenden, konsequenten Geldpolitik, und das heißt: Geldwertstabilität mit Inflationsraten nicht über 2 Prozent, oder – mit Rücksicht auf die schwachen Südländer – einer zu lockeren Geldpolitik mit Inflationsraten von 4–5 Prozent. Da die Südländer im Euro nicht mehr wie früher die Möglichkeit haben, ihre Währungen abzuwerten, um wettbewerbsfähig zu bleiben, muss die EZB zu niedrige Zinsen beibehalten, um so deren Wirtschaft am Laufen und ihre Zinslast erträglich zu halten. Bei 4 Prozent Inflation und nur 2 Prozent Zinsen erleiden Ersparnisse jährlich ein Minus von 2 Prozent. Der Geldwert und die Kaufkraft des Vermögens schrumpfen. Wie Sie das verhindern können, lesen Sie in Kapitel I.5.

4. Ein 30 Jahre währender Trend sinkender Zinsen geht zu Ende. In den Jahren 1982 bis 2012 fiel die Rendite der 10-jährigen amerikanischen Staatsanleihen von 16 Prozent bis auf 1,6 Prozent. Dieser freundliche Zinstrend trug ganz wesentlich dazu bei, die Börsenkurse in ungeahnte Höhen zu hieven. Er hatte zuletzt aber auch eine verheerende Wirkung, weil die überaus niedrigen Zinsen die Spekulation anheizten. Dies führte ab 2000 zu schlimmen Exzessen und löste verheerende Krisen aus. Das internationale Finanzsystem stand schließlich vor dem Kollaps und die Weltwirtschaft am Rande des Abgrunds. Die Welt ist zwar – bildlich gesprochen – aus der Intensivstation heraus, aber sie wird noch längere Zeit in der Reha bleiben müssen. Es gibt zwei Gründe für die extrem niedrigen Zinsen bei lang laufenden Staatsanleihen in Deutschland und in den USA: Zum einen gelten sie als »sichere Häfen« für Anleger aus den europäischen Schuldnerstaaten, zum anderen werden die Staatsanleihen von den Notenbanken »manipuliert«. Sobald diese Phase endet, ist wieder mit »normalen« Zinsen von 5–6 Prozent zu rechnen. Die Kurse der lang laufenden Staatsanleihen würden dann Verluste von 25 Prozent und mehr erleiden.
5. Nach mehr als einem Jahrzehnt einer verlustreichen Börsenphase fängt jetzt wieder ein freundlicher Börsenzyklus an. Das können sich die meisten leidgeprüften Aktienanleger zwar nicht vorstellen, aber auf katastrophale Börsenphasen folgten in der Vergangenheit immer längere Phasen mit freundlichen

Börsen. Im Durchschnitt hielten diese Aufwärtstrends 25 Jahre an. Der US-Index Standard & Poor's 500 wies in der Periode von 2000 bis 2010 ein Minus auf. Das gab es das letzte Mal vor 80 Jahren – in der Dekade 1930 bis 1939! Die durchschnittliche, jährliche Rendite von Aktien lag in den vergangenen 10 Jahren so extrem unter den Ergebnissen von Anleihen wie noch nie in den vergangenen 100 Jahren. Noch nicht einmal in der Weltwirtschaftskrise schnitten Aktienanlagen – im Vergleich zu Investments in Anleihen – so ungünstig ab. Die Bewertung von Aktien auf Basis des Kurs-Gewinn-Verhältnisses (KGV) ist heute so günstig wie selten zuvor und die Dividendenrendite ist zwei- bis dreimal so hoch wie die Rendite von 10-jährigen deutschen und amerikanischen Staatsanleihen. Aktien sind heute, gemessen an ihren zukünftigen Gewinnen, etwa so »billig« wie zu Beginn der 1980er-Jahre. Damals startete ein rasanter Börsenaufschwung. Fazit: Bei so niedrigen Aktienbewertungen wie heute ist das mögliche Gewinnpotenzial deutlich größer als das Verlustrisiko. Dennoch ist die Skepsis der Anleger gegenüber Aktien groß. Die meisten – ob private oder institutionelle Anleger – sind in Aktien unterinvestiert. Doch die Weltwirtschaft bewegt sich nach den turbulenten Krisenjahren wieder in ruhigerem Fahrwasser. Das sind beste Voraussetzungen für die Aktienbörsen. Ihnen stehen wahrscheinlich – im biblischen Sinne – sieben fette Jahre bevor.

6. Die Gründung des Euro war eine politische Entscheidung. Ökonomisch machte sie keinen Sinn. Die Lebensdauer des Euro wird daher auch politisch bestimmt sein. Seit die Euro-Mitglieder 2010 und 2011 zur Abwendung der Insolvenz Griechenlands und Irlands mit Milliardenbeträgen einsprangen, wurde aus der Währungsunion eine Transferunion. Das war ein Bruch des Maastricht-Vertrags, wonach kein Land der Eurozone für ein anderes haftet (No Bail-out). Auch wurde den Deutschen, die mehrheitlich gegen den Euro waren, versprochen, die Europäische Zentralbank (EZB) werde so unabhängig sein wie die Bundesbank, und das jährliche Budgetdefizit eines Mitgliedslands dürfe gemäß Stabilitätspakt nicht mehr als 3 Prozent betragen. Alle drei Versprechen wurden gebrochen. Die Währungsunion ist zu einer Rechtsbruch-Gemeinschaft entartet. Das ist keine tragfähige Existenzgrundlage. Der Euro sollte die europäischen Staaten enger zusammenführen und Frieden stiften; stattdessen stiftet er jetzt Hass und Zwietracht. Der Euro war das falsche Mittel zur falschen Zeit mit den falschen Mitgliedern. Er war eine schöne, romantische Idee, aber sach-

lich eine Fehlentscheidung. Hält man stur daran fest, nur um nicht zugeben zu müssen, dass man sich geirrt hat, führt ein Fehler zum Verhängnis. Was alles passieren kann und wie lange die jetzige Währungsunion Bestand hat, bis es zum Knackpunkt kommt, weiß niemand. Euroland bleibt eine Problemzone.

7. Die Schwellenländer sind, sowohl in der Weltwirtschaft als auch in der Börsenwelt, zu einer immer wichtigeren Größe herangewachsen. Vereinfacht gesagt: Die Industrieländer sind im Abschwung, die Schwellenländer (Emerging Markets) sind im Aufschwung. Dies müssen wir auch bei unseren Geldanlagen berücksichtigen. In den Industrieländern blicken wir auf Schrumpfung, sei es bei der Bevölkerung oder beim Sozialstaat. Das Wirtschaftswachstum wird unterdurchschnittlich ausfallen, weil die meisten wegen Überschuldung mehr sparen und Schulden abbauen müssen, anstatt wie bisher auf Pump zu leben und zu konsumieren. Ganz anders bei den Emerging Markets: Dort nimmt die Bevölkerung noch zu, die Mehrzahl der Menschen ist jung, hungrig, voller Tatendrang und rücksichtslos im Wettbewerb. Sie sind aggressiv und machen sich ungerührt – wenn es sein muss auch auf unfaire Weise – das Know-how der Industrieländer zunutze, um deren technologischen Vorsprung möglichst rasch einzuholen. Sie sind nicht überschuldet und haben bisher keinen Sozialstaat aufgebaut. Mit dem Beispiel des jammerwürdigen Zustands der europäischen Sozialstaaten vor Augen werden sie ein so unkontrollierbares Monstrum auch nie entstehen lassen. In den Schwellenländern leben 80 Prozent der Weltbevölkerung auf 62 Prozent der Landmasse. Auch bei der Wirtschaftsleistung holen die Emerging Markets schnell auf. Schon heute liegt ihr Anteil am Weltbruttosozialprodukt bei 40 Prozent – gegenüber 60 Prozent der Industrieländer. Schon in weniger als fünf Jahren dürfte das Verhältnis 50 zu 50 Prozent betragen. Der Börsenindex der Schwellenländer ist in den letzten zehn Jahren bis dato – trotz drei schwerer Kurseinbrüche – im Durchschnitt pro Jahr um 6,9 Prozent gestiegen, während der Weltindex der Industrieländer durchschnittlich 3,4 Prozent pro Jahr verlor. Deutlicher lässt sich nicht demonstrieren, wo die Musik gespielt hat – und wo sie wohl auch weiterhin spielen wird. Langfristig gesehen winken bei Aktien der Schwellenländer, neben Kursgewinnen und Dividenden, sogar noch Währungsgewinne. So hat beispielsweise der chinesische Renminbi (Yuan) in den letzten sechs Jahren im Schnitt um 4,5 Prozent pro Jahr aufgewertet, der brasilianische Real um 1,7 Prozent.

Zu Beginn des neuen Millenniums ist die Welt von einer Krise in die andere getaumelt. Es scheint, als hätte man alle begangenen Untaten und Sünden und alle ungelösten Probleme aus dem alten Jahrhundert ins neue Jahrhundert verlagert, die dann schon bald eine Krise nach der anderen auslösten. Doch Krisen haben auch etwas Gutes. Wenn ein Mensch, der ungesund gelebt und Raubbau mit seinem Körper getrieben hat, beispielsweise einen Herzinfarkt erleidet, so ist das oft ein Warnsignal für ihn, sein Leben zu ändern und vernünftiger zu leben. Eine Krise ist oft wie ein Stoppschild, das uns zu Umkehr und der Einsicht bringt, von unseren Exzessen abzulassen und einen Neuanfang zu starten. Das gilt genauso auch für die krisengeschüttelten zurückliegenden Jahre.

Hinter der Krise erblicken wir eine großartige Welt

Krisen sind Chancen – in Arbeitskleidung. Sie geben den Anstoß, die Ursachen der Probleme grundsätzlich zu analysieren und neue Lösungen zu suchen, Altes durch Neues zu ersetzen, an der Stelle eines morschen Baums einen jungen Baum zu pflanzen. Wenn wir hinter den Vorhang blicken, der sich durch die Krise vor unsere Zukunft geschoben hat, sehen wir eine großartige Welt, die sich in den letzten Jahrzehnten rasend schnell verändert hat und die uns vielfältige Möglichkeiten bietet, die wir uns bis vor Kurzem nicht einmal vorstellen konnten. Beim Anblick der phänomenalen technischen Errungenschaften kommen uns die Worte von William Shakespeare geradezu prophetisch vor, der im *Hamlet* sagte: »Es gibt mehr Dinge im Himmel und auf Erden, als eure Vorstellung sich träumen lässt.« Allein in den letzten 20 Jahren haben Veränderungen bei technologischen Entwicklungen stattgefunden, die die Menschen zuvor nicht einmal in 200 Jahren erlebten:

- Wir können heute zu jeder Zeit und an fast jedem Ort erreichbar sein und andere erreichen – drahtlos!
- Wir schreiben heute statt Briefe »schnelle« E-Mails und SMS per Handy – und verschicken sie lediglich mit einem Knopfdruck.
- Wir können heute zu jeder Zeit und quasi an jedem Ort auf nahezu das gesamte Wissen der Welt über das Internet zugreifen. Das Internet ist die demokratischste Einrichtung der Welt. Es steht jedem – ob arm oder reich – offen, rund um die Uhr. Für den Verbraucher ist es ein Segen: Es schafft Transpa-

renz und »verrät« ihm, wo beispielsweise ein Auto, das er kaufen will, am billigsten ist. Das Internet hat einen verbraucherfreundlichen, globalen »Supermarkt« geschaffen.

Die Investitionsentscheidungen von internationalen Großunternehmen – der »Multinationalen« – haben mittlerweile oft größere Auswirkungen als Entscheidungen von kleineren Staaten. Der globale Markt vermindert ganz allgemein den Einfluss der Staaten. Die Macht der Wirtschaft wächst, die der Staaten schrumpft.

»Vater Staat«, wie wir Deutsche gern unseren fürsorglichen Sozialstaat zu nennen pflegen, kann immer weniger für uns sorgen. Schon vor 60 Jahren hatte unser brillanter Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die Deutschen davor gewarnt, sich allzu sehr in die Abhängigkeit vom Staat zu begeben, als er sagte: »Die zunehmende Abhängigkeit vom Staat muss die Folge dieses gefährlichen Weges hin zum Versorgungsstaat sein, an dessen Ende der soziale Untertan und die bevormundete Garantierung der materiellen Sicherheit stehen wird.« Er setzte dagegen die Freiheit des Einzelnen, für sich selbst zu sorgen.

Diese Denkweise fußt auf Erhards »sozialer Marktwirtschaft«. Sie besteht aus vier Elementen: Leistung, gesunder Wettbewerb, freies Unternehmertum und Profitsystem. Sie kann nur funktionieren, wenn Marktanteil und Staatsanteil in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Dieses in der Welt einmalige deutsche Wirtschaftssystem, das in den 1950er- und 1960er-Jahren so überaus erfolgreich war, ist aber nach Erhards Abgang immer mehr aus den Fugen geraten: Das Wort »sozial« wurde immer größer und das Wort »Markt« immer kleiner geschrieben, sowohl unter SPD- als auch unter CDU-geführten Regierungen. Erhard hatte stets betont: »Auch muss auf die unlösbare Verbindung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik aufmerksam gemacht werden. Tatsächlich sind umso weniger sozialpolitische Eingriffe und Hilfsmaßnahmen notwendig, je erfolgreicher die Wirtschaftspolitik gestaltet werden kann.«

Mit den mutigen Reformen der Agenda 2010 von Bundeskanzler Gerhard Schröder ist das Missverhältnis etwas geringer geworden, aber trotzdem müssen immer noch über 40 Prozent des Bundeshaushalts für Sozialausgaben aus Steuern finanziert werden.

Weitere mutige Reformschritte hat es seitdem nicht gegeben. Durchgreifende strukturelle Einschnitte hat Bundeskanzlerin Merkel bis jetzt nicht vorgenommen. Die unverhältnismäßig hohen staatlichen Subventionen wurden nicht gekürzt. Und Deutschland hat trotz der starken Wirtschaftsleistung und der sprudelnden Steuereinnahmen immer noch ein Haushaltsdefizit und höhere Schulden als jemals zuvor. Wir sind als Staat nur relativ ein wenig besser als die anderen, noch höher verschuldeten Staaten.

Lutz Göbel, der Präsident der mittelständischen Familienunternehmen, beklagt daher die unklaren Positionen von Kanzlerin Merkel und fordert, die CDU müsse wieder mehr zur sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards zurückfinden. Sein Wunsch: Weniger Bürokratie, weniger Subventionen, keine immer größeren Rettungsschirme und Risiken für den Euro und kein Abwürgen des Wettbewerbs.

Deutsche Vermögenspolitik ist auf dem Irrweg

Auch die deutsche Sozial- und Vermögenspolitik ist leider seit 40 Jahren den entgegengesetzten Weg gegangen, den Erhard vorgegeben hatte. Schon 1957, zu einer Zeit als die deutsche Wirtschaft noch in Schutt und Asche lag, kündigte er auf dem CDU-Parteitag das politische Ziel einer breiten Streuung des Eigentums an: die Volksaktie.

1961 wurde dann VW als Volksaktie – breit gestreut und mit Rabatt für Kleinaktionäre – ans Volk gebracht. Später folgte Veba, die heutige E.ON.

Erhard sagte nach dem erfolgreichen Börsengang, »dass ein neues gesellschaftspolitisches Leitbild erkennbar wird: Wenn auch die Lohn- und Gehaltsempfänger und der kleine Sparer immer besser zu erkennen vermögen, dass ihr Schicksal, ihre soziale Sicherheit und die Zukunft ihrer Kinder von der Erhaltung unserer Produktiv- und Leistungskraft abhängen«.

Er wollte ein Volk von Teilhabern – »Volksaktionären« –, deren soziale Sicherheit und Altersvorsorge primär aus ihrer eigenen Leistung und ihrer Selbstvorsorge kommt.